

Vergabeverfahren

„Rahmenvereinbarung über Rechtliche Beratung der Toll Collect GmbH“

Az.: 06-VST-E-2026

Bewerbungsbedingungen - Teilnahmewettbewerb

Stand: 15.05.2026

Version 1.0

Vergabeart	Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb	
Fristen	Rückfragefrist	15.06.2026, 12:00 Uhr
	Teilnahmefrist	22.06.2026, 12:00 Uhr
Kommunikation	Ausschließlich über die Vergabepattform DTVP über den Button „Kommunikation“	

1.	Präambel.....	2
2.	Anwendbare Rechtsvorschriften / Vergabeunterlagen	3
3.	Teilnahmeantrag	3
4.	Eignungsprüfung	5
4.	Rückfragen	7
5.	Rügeobliegenheiten	8
6.	Nebenangebot	8
7.	Losaufteilung	8
8.	Vergabeart / Verfahrensablauf	8
8.1.	Voraussichtlicher Terminplan	9
8.2.	Verfahrensablauf	9
9.	Aufwandsentschädigung	12
10.	Gremien- und Bedarfvorbehalt	12
11.	Gewährleistungsausschluss	12
12.	Geheimhaltung	12
13.	Bietergemeinschaften / Eignungsleihe / Nachunternehmer	12
14.	Zuschlagskriterien	13
15.	Vergabekammer	14

1. Präambel

Die ausschreibende und den Zuschlag erteilende Stelle (Vergabestelle) und die Bieter schulden sich in diesem Vergabeverfahren aufgrund des vorvertraglichen Vertrauensverhältnisses gegenseitige Rücksichtnahme und Loyalität. Die Bieter werden darauf hingewiesen, dass in einem Vergabeverfahren insbesondere der Wettbewerbsgrundsatz eine wichtige Rolle spielt. Die Vergabestelle hat wettbewerbsbeschränkende und unlautere Verhaltensweisen zu bekämpfen. Dazu gehören sowohl die Einhaltung des Geheimwettbewerbs als auch das Verbot, dass Bieter unter bestimmten Umständen mit mehreren Angeboten (ggf. auch als Beteiligte einer Bietergemeinschaft) an dem Vergabeverfahren teilnehmen. Preisabsprachen bezüglich des Vergabeverfahrens sind nicht zulässig. Angebote von Bieter, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen wettbewerbsbeschränkenden Abrede beteiligen, werden ausgeschlossen.

Die Bieter werden darum gebeten, bei der Abgabe des Teilnahmeantrags/Angebots die Formstrenge des Vergabeverfahrens besonders zu beachten, da Verstöße gegen die vergaberechtlichen Formalien mit der herrschenden Rechtsprechung mit dem zwingenden Ausschluss aus dem Vergabeverfahren sanktioniert sein können. Insbesondere können wissentlich falsche Erklärungen in diesem Vergabeverfahren den Ausschluss von diesem und von weiteren Vergabeverfahren der Vergabestelle zur Folge haben.

Sämtliche Kommunikation in diesem Vergabeverfahren läuft über die bekanntgemachte Vergabepattform:

<https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4Y0FMSYG>

2. Anwendbare Rechtsvorschriften / Vergabeunterlagen

Die Vergabestelle verfährt bei dieser Auftragsvergabe gemäß dem Vierten Teil des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (§§ 97 ff. GWB) und der Vergabeverordnung (VgV) – in der jeweils zum Zeitpunkt des Beginns des Vergabeverfahrens geltenden Fassung.

Die bereitgestellten Vergabeunterlagen untergliedern sich wie folgt:

Diese **Bewerbungsbedingungen** samt folgender Anlagen:

- Anlage 1 – Teilnahmeantragsvordruck
- Anlage 2 – Eigenerklärung zum Bundestariftreuegesetz (BTTG)
- Anlage 3 - Zuschlagskriterien Bewertungsmatrix Angebote
- Anlage 4 – Leistungsbeschreibung
- Anlage 5 – Rahmenvereinbarung, inkl. Anlagen

Hinweis: Die Anlagen 3, 4 und 5 werden als Entwurf im Teilnahmewettbewerb veröffentlicht und sind für die Angebotsphase relevant. Der Auftraggeber hält sich vor, die Entwürfe vor der Aufforderung zur Angebotsabgabe zu überarbeiten.

3. Teilnahmeantrag

- 3.1 Der Teilnahmeantrag ist gemäß den Bestimmungen dieser Bewerbungsbedingungen zu erstellen. Die unter Nr. 3.5 aufgelisteten Unterlagen sind zwingend mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

Sämtliche Bestandteile des Teilnahmeantrags sind grundsätzlich in deutscher Sprache einzureichen. Dort, wo es sich nicht vermeiden lässt, ist auch die Verwendung von englischsprachigen Fachbegriffen / Textpassagen erlaubt. Die Verfahrenssprache ist deutsch.

Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein (zum Beispiel sind Eintragungen mit Bleistift unzulässig).

- 3.2 Der Teilnahmeantrag ist durch Upload der Dokumente auf die Vergabeplattform der Vergabestelle in Textform nach § 126 b BGB unter dem Link:

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y0FMSYG>

bis zu der unter Abschnitt 5.1.12 der Bekanntmachung angegebenen Teilnahmefristende eingereicht werden.

Die Teilnahmeanträge müssen nicht mit einer elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen sein. Voraussetzung für die digitale Einreichung des Teilnahmeantrags ist die Registrierung auf der Internetseite der Vergabeplattform, sofern Sie dort nicht bereits registriert sind. In diesem Fall ist eine nochmalige Registrierung entbehrlich.

- 3.3 Die Teilnahmeanträge, die nicht form- oder fristgerecht eingehen, werden zwingend von dem Vergabeverfahren ausgeschlossen, es sei denn, der Bewerber hat dies nicht zu vertreten. Der Bewerber trägt die Darlegungs- und Beweislast für die Rechtzeitigkeit, Ordnungsgemäßheit und Vollständigkeit seines Teilnahmeantrags. Bewerber und deren Bevollmächtigte nehmen an der Öffnung der Teilnahmeanträge nicht teil.

- 3.4 Etwaige **Änderungen, Berichtigungen oder Rücknahmen** des abgegebenen Teilnahmeantrags sind nur bis zum Ablauf der Teilnahmefrist möglich. Nach Ablauf der Teilnahmefrist ist eine Änderung, Berichtigung oder Rücknahme des Teilnahmeantrags nicht mehr möglich.
- 3.5 Mit dem Teilnahmeantrag haben die Bewerber zwingend folgende **Bestandteile** einzureichen:

Lfd. Nr.	Unterlage	Form	Check-liste
1	Anlage 1 - Teilnahmeantragsvordruck	Ausgefüllt und in Textform nach § 126b BGB unterschrieben	<input type="checkbox"/>
2	Berufs- oder Handelsregistrauszug in Kopie (nicht älter als sechs Monate zum Ablauf der Teilnahmefrist)	Eigene Anlage	<input type="checkbox"/>
3	<i>Nur wenn eine Versicherung mit den geforderten Versicherungssummen bereits besteht:</i> Nachweis (Versicherungspolice in Kopie) einer bestehenden, aktuell gültigen Betriebshaftpflichtversicherung oder einer vergleichbaren marktüblichen Versicherung mit einer Haftpflichtdeckungshöhe von 5 Mio EUR für Vermögensschäden jeweils je Versicherungsjahr und zweifach maximiert	Eigene Anlage	<input type="checkbox"/>
4	Anlage 2 – Eigenerklärung zum Bundestariftreuegesetz (BTTG)	Ausgefüllt und in Textform nach § 126b BGB unterschrieben	<input type="checkbox"/>
5	Kurzdarstellung des Bewerbers (bzw. der Kanzlei)	Eigene Anlage maximal 2 DIN A4-Seiten	<input type="checkbox"/>
6	Vorstellung des für den Auftrag vorgesehenen Schlüsselpersonals mit den geforderten Angaben (Ansprechpartner je Los und Leistungsbereich) zudem Nachweise (Rechtsanwaltsurkunde, Fachanwaltsurkunde etc.) in Kopie als Scan	Eigene Anlage Hinweise: (1) Ein/e Ansprechpartner/in kann für maximal zwei Leistungsbereiche benannt werden. (2) Aus der Vorstellung muss die Erfüllung der Mindestanforderungen hervorgehen! (3) Die Vorgaben an die Inhalte sind zu beachten!	<input type="checkbox"/>

4. Eignungsprüfung

Die Eignung der Bewerber wird anhand der nachfolgenden Eignungskriterien und Eignungsnachweisen von der Vergabestelle geprüft:

4.1 Befähigung zur Berufsausübung

- Nachweis (Kopie) über die Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist. Der Nachweis darf zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist nicht älter als 6 Monate alt sein. Oder – sofern zutreffend – Eigenerklärung des Bieters/Mitglied der Bietergemeinschaft, dass nach der Maßgabe der jeweiligen Landesrechtsvorschriften keine Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister für den Bieter/das Mitglied der Bietergemeinschaft bestehen bzw. erforderlich sind.

4.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- Eigenerklärung zum durchschnittlichen Gesamtjahresumsatz sowie zum durchschnittlichen Jahresumsatz bezüglich der ausgeschriebenen Leistung (bezieht sich auf die konkreten Leistungsbereiche des jeweiligen Loses, d. h. auf die im jeweiligen Los ausgeschriebenen Rechtsgebiete), jeweils bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (2023, 2024 und 2025).

Der durchschnittliche Jahresumsatz bezüglich der ausgeschriebenen Leistung muss im Durchschnitt pro Jahr folgende **Mindestbeträge** erreichen:

Los	Leistungsbereiche	Mindestumsatz p. a. brutto
Los 1	IT-Recht / IP-Recht / Datenschutzrecht / Zivilrecht / Gesellschaftsrecht	3 Mio EUR
Los 2	Verwaltungsrecht	1,5 Mio EUR
Los 3	Insolvenzrecht	400.000 EUR
Los 4	Arbeitsrecht	1,2 Mio EUR

- Nachweis (Kopie) einer bestehenden, aktuell gültigen Betriebshaftpflichtversicherung oder einer vergleichbaren marktüblichen Versicherung mit einer Haftpflichtdeckungshöhe von **mindestens 5 Millionen EUR für Vermögensschäden** je Schadensfall und zweifach maximiert
oder

Eigenerklärung des Bieters, dass er im Auftragsfall bereit ist, eine solche Versicherung auf erstes Anfordern des Auftraggebers abzuschließen. Im Falle der Erklärung zum Abschluss im Auftragsfall ist auf Verlangen der Vergabestelle die Erklärung eines Versicherers beizufügen, dass dieser zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung mit dem Unternehmen bereit ist.

4.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- a) Kurzdarstellung des Bewerbers (bzw. der Kanzlei)

Der Bewerber hat eine Kurzdarstellung der Kanzlei einzureichen. Diese umfasst maximal 2 DIN A4-Seiten und enthält die wesentlichen Eckdaten der Kanzlei.

Inhalt der Kurzdarstellung:

- Name, Rechtsform und Sitz der Kanzlei.
- Größe (Anzahl der Partner, angestellten Anwälte, Standorte).
- Fachliche Spezialisierungen und Tätigkeitsschwerpunkte

b) Vorstellung des Schlüsselpersonals (Ansprechpartner je Leistungsbereich)

Im Teilnahmeantrag ist das für den Auftrag vorgesehene Schlüsselpersonal, d.h. den/die je angebotenen Los und je Leistungsbereich vorgesehenen Ansprechpartner/in, vorzustellen und deren Qualifikation und Erfahrung darzustellen. Ein/e Ansprechpartner/in kann für maximal zwei Leistungsbereiche benannt werden.

Folgende Mindestanforderungen an die Ansprechpartner je Los und Leistungsbereich sind einzuhalten:

- Mindestens fünf Jahre anwaltliche Tätigkeit mit einem der Leistung entsprechenden Schwerpunktgebiet
- Zusätzliche Qualifikationsanforderungen:
 - Los 1: Fachanwaltstitel für IT Recht (Leistungsbereiche (A)) und Fachanwaltstitel für Datenschutzrecht (Leistungsbereich (C)) Datenschutz oder jeweils eine vergleichbare Zusatzqualifikation
 - Los 2: Fachanwaltstitel für Verwaltungsrecht oder eine nachgewiesene spezifische Erfahrung im Bereich Regulierungsrecht / Mautrecht (BFStrMG, EETS)
 - Los 4: Fachanwaltstitel für Arbeitsrecht oder eine vergleichbare Zusatzqualifikation

Hinweis: Die benannten Schlüsselpersonen/Ansprechpartner sind im Rahmen des Einzelabrufs während der Auftragsdurchführung einzusetzen. Ein Austausch ist nur in Ausnahmefällen (Kündigung, Krankheit oder in vergleichbaren Fällen) möglich. Das Ersatzpersonal (Ersatzansprechpartner/in) muss ein gleichwertiges Niveau aufweisen. Vgl. Rahmenvereinbarung

Im Teilnahmeantrag hat der Bewerber **auf einer eigenen Anlage** die Schlüsselpersonen/Ansprechpartner je Los und Leistungsbereich mit folgenden Inhalten vorzustellen:

- Benennung der Schlüsselperson/des/r Ansprechpartners/in (je Los und je Leistungsbereich)
- Beruflicher Kurz-Lebenslauf (wichtigste Stationen: Angaben zu Ausbildung, beruflichem Werdegang, Schwerpunkten)
- Angabe der Berufsqualifikation/Zusatzausbildung (Fachanwaltstitel oder vergleichbare Zusatzqualifikationen)
Die Nachweise (Rechtsanwaltsurkunde, Fachanwaltsurkunde etc.) sind in Kopie als Scan mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.
- Darstellung von **maximal zwei** auftragsbezogenen, projektbezogenen persönlichen Referenzen (Mandatserfahrungen), die am besten geeignet sind, um die Erfahrung und Qualifikation mit den gegenständlich ausgeschriebenen Leistungen zu repräsentieren.

Hinweis: In der Referenzbeschreibung sind folgende Angaben zu tätigen:

- Name des Referenzauftraggebers (inkl. Name der Ansprechperson inkl. Kontaktdaten)
- Bezeichnung des Referenzprojekts und allgemeine Beschreibung der Mandatsaufgaben
- Beschreibung der im Referenzprojekt konkret erbrachten Leistungen
- Leistungszeitraum

Auf Verlangen der Auftraggeberin ist ein Referenzschreiben des Referenzauftraggebers vorzulegen. Die Auftraggeberin behält sich vor, die Referenzangaben beim Referenzauftraggeber zu verifizieren.

Hinweis zur Abfrage beim Wettbewerbsregister:

Ab einem geschätzten Auftragswert von 30.000 Euro netto ist ein öffentlicher Auftraggeber gemäß § 6 Abs. 1 Wettbewerbsregistergesetz (WRegG) verpflichtet, vor Erteilung des Zuschlags bei der Registerbehörde abzufragen, ob im Wettbewerbsregister Eintragungen zu demjenigen Bieter, an den er den Auftrag zu vergeben beabsichtigt, gespeichert sind. Unterhalb dieser Wertgrenze und im Rahmen eines Teilnahmewettbewerbs besteht die Möglichkeit einer freiwilligen Abfrage nach § 6 Abs. 2 WRegG.

Ausführungsbestimmungen nach § 128 Abs. 2 GWB:

- Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123, 124 GWB und § 19 MiLoG.
- Eigenerklärung zum Verbot von Auftragserteilungen an russische Unternehmen gemäß den EU-Sanktionen gegen Russland
- Eigenerklärung zum Bundestariftreuegesetz (BTTG)

4. Rückfragen

Rückfragen zu den Vergabeunterlagen sind ausschließlich über die Nachrichtenfunktion innerhalb der Vergabeplattform bis spätestens zum oben genannten Termin zu stellen.

Mündliche oder telefonische Rückfragen werden nicht beantwortet. Nach dieser Frist eingehende Rückfragen gelten als nicht rechtzeitig gestellt und werden unter Beachtung der entsprechenden vergaberechtlichen Entscheidungspraxis bearbeitet. Fragen, die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthalten, sind als solche zu kennzeichnen.

Die Bewerber erhalten keine Eingangsbestätigung.

Die Veröffentlichung der Fragen und Antworten auf die Bewerberfragen erfolgt in anonymisierter Form transparent und diskriminierungsfrei an alle registrierten Bewerber auf der Internetseite über die Nachrichtenfunktion der Vergabeplattform. Die Antworten werden Bestandteil der Vergabeunterlagen und sind bei der Erstellung des Teilhmeantrags in gleicher Weise zu berücksichtigen.

Es liegt in der Verantwortung interessierter Unternehmen, die Einstellung von aktualisierten Informationen und Dokumenten bis zum Ablauf der Teilnahmefrist zur Kenntnis zu nehmen; eine Benachrichtigung über eine solche Einstellung erfolgt nicht, außer die Unternehmen haben sich freiwillig registriert.

5. Rügeobliegenheiten

Die Bieter sind verpflichtet, die Vollständigkeit und Lesbarkeit aller Vergabeunterlagen unmittelbar nach deren Herunterladen von der Vergabepattform zu überprüfen. Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unvollständigkeiten, Ungenauigkeiten, Unklarheiten oder Rechtsverstöße, so hat der Bieter die Vergabestelle unverzüglich darauf hinzuweisen, damit der Vergabestelle ausreichend Zeit und Gelegenheit verbleibt, angemessen auf die Anzeigen und Hinweise zu reagieren, dies allen Bietern im Wege der gebotenen Verfahrenstransparenz und Gleichbehandlung mitzuteilen und so die Möglichkeit zu geben, diese Aspekte bei der Teilnahmeantrags- oder Angebotserstellung rechtzeitig zu berücksichtigen.

Etwaige Verfahrensrügen sind eindeutig als solche zu kennzeichnen. Auf die Rügepflichten des Bieters nach § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 4 GWB wird ausdrücklich hingewiesen.

Nach § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB ist ein Antrag auf Nachprüfung unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat, der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

6. Nebenangebot

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

7. Losaufteilung

Die Leistung wird in vier Losen vergeben:

- Los 1: IT-Recht / IP-Recht / Datenschutzrecht/ Zivilrecht / Gesellschaftsrecht
- Los 2: Verwaltungsrecht
- Los 3: Insolvenzrecht
- Los 4: Arbeitsrecht

Es kann für ein oder mehrere Lose ein Teilnahmeantrag bzw. ein Angebot eingereicht werden. Die Anforderungen sind für jedes Los separat zu erfüllen und nachzuweisen.

8. Vergabeart / Verfahrensablauf

Der Auftraggeber schreibt den Auftrag im Wege eines **Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb** gemäß § 17 VgV aus.

8.1. Voraussichtlicher Terminplan

Für das Vergabeverfahren ist nachfolgender zeitlicher Rahmen geplant:

Absendung der Auftragsbekanntmachung:	Mittwoch, den 20.05.2026
Frist für Bewerberfragen (Teilnahmewettbewerb) bis:	15.06.2026 um 12:00 Uhr
Ablauf der Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge:	22.06.2026 um 12:00 Uhr
Voraussichtlicher Termin zur Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebots:	Anfang Juli
Ablauf der Frist zur Abgabe der Erstangebote:	Ende Juli
Ggf. Verhandlungen / Bietergespräche auf Grundlage der Erstangebote:	Mitte August
Aufforderung zur Abgabe eines finalen Angebots:	Ende August
Ablauf der Frist zur Abgabe des finalen, verbindlichen Angebots:	Mitte September
Versand der Informationen nach § 134 GWB:	Ende September
geplante Zuschlagserteilung:	Anfang Oktober

Die Vergabestelle behält sich Änderungen an dem Terminplan ausdrücklich vor. Änderungen des Terminplans werden den Bietern kurzfristig mitgeteilt. Die Bieter haben keinen Anspruch auf Einhaltung dieses Terminplans, insbesondere nicht im Hinblick auf die Geltendmachung von Schadenersatz oder sonstigen Entschädigungsansprüchen.

8.2. Verfahrensablauf

Auftragsbekanntmachung und Teilnahmewettbewerb

Das Vergabeverfahren beginnt mit Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung und folglich der Aufforderung an alle interessierten Unternehmen zur Abgabe eines Teilnahmeantrags. Jedes interessierte Unternehmen kann einen Teilnahmeantrag abgeben.

Nach Abgabe des Teilnahmeantrags werden aus dem Kreis der Bewerber, die die Anforderungen an die Eignung (Fachkunde und Leistungsfähigkeit, § 42 VgV, §§ 122 bis 125 GWB) formell und materiell erfüllen,

je Los mindestens drei (3) und höchstens fünf (5) Bewerber

ausgewählt und zur Angebotsabgabe aufgefordert (§ 51 Abs. 1 VgV). Eine solche Reduzierung des Teilnehmerkreises erfolgt nur, sofern eine ausreichende Anzahl an geeigneten Bietern im Los vorhanden ist. Sollten nach Abschluss der Bewertung anhand der Bewertungsmatrix mehrere Bewerber in einem Los eine identische Gesamtpunktzahl aufweisen und würde deren gemeinsame Berücksichtigung die Höchstgrenze von fünf (5) zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerbern je Los

überschreiten, entscheidet unter den punktgleichen Bewerbern das Los darüber, welcher Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert wird.

Die Auswahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bieter erfolgt nach der folgenden **Bewertungsmatrix**. Die Auswahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bieter erfolgt nach der nachfolgend beschriebenen Bewertung.

Bewertung „Qualifikation und Erfahrung des angebotenen Schlüsselpersonals/Ansprechpartner

Der Auftraggeber wird die Bewertung anhand des Schlüsselpersonal des Bieters an sich als auch im Vergleich zum Schlüsselpersonal anderer Bieter vornehmen.

Ziel ist es, dass das vorgestellte Schlüsselpersonal/die vorgestellten Ansprechpartner eine hohe Qualifikation und Erfahrung mit einschlägigen auftragsbezogenen Referenzen aufweist. Der Einsatz des Schlüsselpersonals/der Ansprechpartner versprechen in Einzelabrufen eine optimale Umsetzung des Vorhabens.

Tragende Kriterien zur Zielerreichung sind folgende Punkte:

- Hoher Ausbildungsgrad
- Qualifikation durch Zusatzqualifikationen
- Die aufgezeigten Referenzen lassen erkennen, dass das Schlüsselpersonal/der Ansprechpartner je Leistungsbereich einschlägige und relevante persönliche Erfahrungen in der Umsetzung vergleichbarer Projekte vorweisen kann (bieten einen großen Benefit für auftragsgegenständliche Projekte)

Dabei fällt besonders positiv auf, wenn

- die erbrachte Beratungsleistung ein entsprechend hohes Auftragsvolumen aufweist und das Referenzprojekt mit einer längerfristigen Zusammenarbeit verbunden ist (großvolumiger Rahmenvertrag, großvolumiges und längerfristiges gemeinsames Projekt)
- Bearbeitung von komplexen Rechtsfragen in dem jeweiligen Leistungsbereich

Der Auftraggeber vergibt für die Qualifikation und Erfahrung des angebotenen Schlüsselpersonals je Los und Leistungsbereich zwischen 0 – 5 Punkten anhand des folgenden Bewertungsmaßstabs:

0 Punkte	Ungenügende Darstellung / Zielerreichung
1 Punkt	Mangelbehaftete Darstellung / Zielerreichung
2 Punkte	Mittelmäßige Darstellung / Zielerreichung
3 Punkte	Gute Darstellung / Zielerreichung
4 Punkte	Sehr gute Darstellung / Zielerreichung
5 Punkte	Hervorragende Darstellung / Zielerreichung

Los	Maximal erreichbare Punkte je Los	Anzahl Leistungsbereiche
Los 1	20 Punkte	fünf Leistungsbereiche (siehe Erläuterung unten)
Los 2	5 Punkte	Ein Leistungsbereich
Los 3	5 Punkte	Ein Leistungsbereich
Los 4	5 Punkte	Ein Leistungsbereich

Los 1:

Im Los 1 werden die erreichten Punkte innerhalb des Leistungsbereichs Gesellschaftsrecht und Zivilrecht halbiert.

Los	Maximal erreichbare Punkte je Los
IT-Recht	5 Punkte
IP-Recht	5 Punkte
Datenschutzrecht	5 Punkte
Gesellschaftsrecht	5 Punkte / 2 = 2,5 Punkte
Zivilrecht	5 Punkte / 2 = 2,5 Punkte

Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebots

Die für die Angebotsphase ausgewählten Bewerber werden vom Auftraggeber zur Abgabe eines Erstangebots aufgefordert. Der Auftraggeber behält sich ausdrücklich vor, vor der Aufforderung zur Abgabe des Erstangebots die Vergabeunterlagen (insbesondere den Rahmenvertrag und die Leistungsbeschreibung und ggf. die darin enthaltenen Mindestanforderungen) zu überarbeiten.

Verhandlungen mit den Bietern / Bietergespräch

Der Auftraggeber lädt sämtliche Bieter, die ein verbindliches Angebot abgegeben haben, zu Verhandlungs- / Bietergesprächen ein. Die Bieter erhalten mit der Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebots die Gelegenheit, dem Auftraggeber Themen für die anstehenden Verhandlungs- / Bietergespräche vorab mitzuteilen (Anmeldung Verhandlungsbedarf).

Der Auftraggeber behält sich vor, nach Abschluss der ersten Verhandlungsrunde die Vergabeunterlagen (insbesondere den Rahmenvertrag und die Leistungsbeschreibung und ggf. die darin enthaltenen Mindestanforderungen) zu überarbeiten und insbesondere die Bewertungsmatrix zu detaillieren und die Bieter erneut zur Angebotsabgabe aufzufordern.

Aufforderung zur Abgabe eines finalen, verbindlichen Angebots

Die Bieter erhalten nach Abschluss der Verhandlungen / Bietergespräche eine Aufforderung zur Abgabe eines finalen Angebotes. Die finalen Angebote sind verbindlich.

Beendigung des Verfahrens

Der Auftraggeber wird anhand der bekanntgemachten Zuschlagskriterien das wirtschaftlichste Angebot ermitteln und anschließend den Zuschlag erteilen.

Vorbehalt

Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote (Erstangebote) zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen (vgl. § 17 Abs. 11 VgV). Grundlage hierfür wäre die Wertung der Angebote nach den übersandten Zuschlagskriterien (Wertungsmatrix) ohne Einbeziehung der Verhandlungsvorschläge der jeweiligen Bieter.

Der vom Bieter mit dem Erstangebot mitgeteilte Verhandlungsbedarf ist nicht Bestandteil des Erstangebots. Das Erstangebot muss zuschlagsfähig sein.

9. Aufwandsentschädigung

Für die Teilnahme an dem Vergabeverfahren, insbesondere für die Erarbeitung des Angebots steht dem Bieter kein Anspruch auf Entschädigung seines Aufwands zu. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass sich das Vergabeverfahren verzögert bzw. die Bindefrist verlängert oder das Vergabeverfahren aufgehoben oder auf die Vergabe verzichtet wird. Die Abgabe der Vergabeunterlagen an die zur Angebotsabgabe aufgeforderten Unternehmen ist nicht kostenpflichtig; Vervielfältigungskosten werden von den Bietern nicht gefordert.

10. Gremien- und Bedarfsvorbehalt

Es wird darauf hingewiesen, dass aus veränderten – zum Zeitpunkt des Vergabeverfahrens nicht bekannten und auch noch nicht absehbaren – Beschaffungsbedürfnissen des Auftraggebers das Vergabeverfahren nicht durch Zuschlag beendet werden kann (Gremien- und Bedarfsvorbehalt). Es entsteht daher bei den Bietern kein Vertrauensschutz auf Durchführung dieses Beschaffungsvorhabens oder Vertragsabschluss. Ein Kontrahierungszwang für die Vergabestelle besteht nicht. Die Vergabestelle behält sich vor, gemäß § 63 Abs. 1 VgV das Vergabeverfahren aufzuheben bzw. auf die Vergabe zu verzichten. Dies betrifft insbesondere den Fall, dass die für die Beschaffung vorhandenen Förder- und Haushaltsmittel durch die Angebote überschritten werden.

11. Gewährleistungsausschluss

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Vergabeunterlagen einschließlich sämtlicher Anlagen – trotz größter Sorgfalt – eventuell unbeabsichtigte, unzutreffende oder unvollständige Angaben enthalten können. Die Vergabestelle übernimmt hierfür, soweit rechtlich zulässig, keine Garantie oder Gewährleistung für aus den zur Verfügung gestellten Unterlagen erkennbare Fehler. Die Bieter haben die Informationen der Vergabestelle entsprechend zu überprüfen und ggf. die Korrektur durch die Vergabestelle zu beantragen. Die Bieter haben etwaige Risiken aus unrichtigen oder unvollständigen Angaben in ihre Angebotskalkulation einzubeziehen. Der Bieter bestätigt mit der Abgabe seines Angebots konkludent, sich ausreichend über die tatsächlichen Voraussetzungen seines Angebots informiert zu haben.

12. Geheimhaltung

Alle Unterlagen, die dem Bieter im Zusammenhang mit dem Verfahren überlassen werden, dürfen ohne Zustimmung der Vergabestelle nicht für andere Zwecke verwendet werden. Zuwiderhandlungen können Schadenersatzforderungen und strafrechtliche Verfolgung nach sich ziehen.

Der Bieter hat sämtliche Bestandteile seines Teilnahmeantrags/Angebots, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse beinhalten, als solche zu kennzeichnen. Die Vergabestelle wird im Falle eines Nachprüfungsverfahrens keine weitergehenden Kennzeichnungen an den Teilnahmeanträgen/Angeboten der Bieter vornehmen, so dass diese ggf. zur Akteneinsicht von der Vergabekammer freigegeben werden.

13. Bietergemeinschaften / Eignungsleihe / Nachunternehmer

Soweit sich Unternehmen mit anderen Unternehmen zu Bietergemeinschaften zusammenschließen oder dritte Unternehmen für die Auftragsdurchführung hinzuziehen, gelten die in der EU-Bekanntmachung bestimmten Verfahrensbedingungen. Es sind die beigelegten Vordrucke zu verwenden.

Jede beabsichtigte oder vorgenommene Veränderung der Zusammensetzung bzw. Neubildung einer Bietergemeinschaft (Eintritt, Austritt oder Austausch von Mitgliedern bzw. Neubildung) nach Präqualifikation und/oder Teilnahmeantrags-/Angebotsabgabe bis zur Erteilung des Zuschlags

muss der Vergabestelle gegenüber unverzüglich schriftlich angezeigt und begründet werden. Die Um- oder Neubildung einer Bietergemeinschaft nach Teilnahmeantrags/Angebotsabgabe kann nach obergerichtlicher Rechtsprechung unzulässig sein und führt dann zu der Nichtberücksichtigung der Bietergemeinschaft bzw. ihres Angebots.

Beabsichtigt der Bieter / die Bietergemeinschaft, Nachunternehmer (keine bloßen Lieferanten, Zulieferer usw.) einzusetzen, so hat er die betreffenden Teile des Auftrages in seinem Angebot anzugeben.

Ein Bieter kann sich, auch als Mitglied einer Bietergemeinschaft, zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sowie der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit gem. § 47 VgV der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen („Eignungsleihe“). Der Bieter hat den/die Eignungsleihe-Unternehmen zu benennen und die unter Abschnitt 5.1.9 (1) bis (4) aufgeführten Unterlagen auch für den Dritten beizufügen. Des Weiteren hat er die in Abschnitt 5.1.9 weiteren genannten Unterlagen jeweils in dem Umfang für den Dritten beizufügen, wie sich auf die Eignung des Dritten bezogen werden soll. Erfüllt ein Dritter das entsprechende Eignungskriterium nicht oder liegt bei diesem ein Ausschlussgrund gem. §§ 123, 124 GWB vor, muss der Bieter den Dritten innerhalb einer von der Vergabestelle zu bestimmenden Frist ersetzen.

Der Auftraggeber behält sich vor, nach Angebotsabgabe, die für den Zuschlag vorgesehenen Bieter mit Fristsetzung aufzufordern, eine Verpflichtungserklärung etwaiger Eignungsleihgeber/Nachunternehmer für die im Angebot bezeichneten Leistungsbereiche vorzulegen.

14. Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird gemäß § 127 Abs. 1 GWB i.V.m. § 58 Abs. 1 VgV auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Dies wird anhand folgender Zuschlagskriterien mit der angegebenen Gewichtung ermittelt:

	Zuschlagskriterium		Untergewichtung	Gewichtung	max. Punkte
1.1	Preis			30 %	300
1.2	Qualität			70 %	700
	1.2.1	<i>Leistungserbringungskonzept</i>	15 %		150
	1.2.2	<i>Innovationskonzept</i>	15 %		150
	1.2.3	<i>Beantwortung von Ad-Hoc-Fragen</i>	40 %		400
				100 %	1000

Für nähere Einzelheiten:

siehe Anlage **Zuschlagskriterien Bewertungsmatrix Angebote**.

15. Vergabekammer

Die Bieter können sich zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen an die

Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt
Kaiser-Friedrich-Straße 16
53113 Bonn

wenden.
